



über die 1. Sitzung  
des **Haupt- und Finanzausschusses**  
am Dienstag, 19. März 2002  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:10 Uhr  
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Herr Behrens  
Herr Drescher  
Frau Dyduch  
Herr Etzold  
Frau Gube  
Herr Hupe  
Herr Lipinski  
Frau Lungenhausen  
Herr Madeja  
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Herr Ebbinghaus  
Herr Hasler  
Herr Hitz  
Herr Kissing  
Frau Middendorf  
Frau Scharrenbach  
Herr Schneider

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Schneider

Beratendes Mitglied FDP

Herr Bremmer

Beratendes Mitglied BG

Herr Lehmann

Ortsvorsteher

Herr Henning  
Herr Schmidt

Verwaltung

Herr Baudrexl  
Herr Brüggemann  
Herr Dornblüth

Herr Erdtmann  
 Herr Fleißig  
 Herr Lantin  
 Frau Schwenzner  
 Herr Sostmann  
 Herr Tost

Herr Bürgermeister **Erdtmann** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Einvernehmlich wurden die Tagesordnungspunkte A. 1 bis A. 4, A. 6 bis A. 10 und A. 15 ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

#### A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	1. Satzung zur Änderung der Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kamen vom 14. Dezember 2001	49/2002
2.	Bebauungsplan Nr. 61 Ka "Unnaer Straße" hier: Satzungsbeschluss	45/2002
3.	Bebauungsplan Nr. 20 Ka "Volkermanns Hof" hier: Satzungsbeschluss	46/2002
4.	36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kamen für einen Bereich der ehemaligen Zeche Königsborn 2/5 im Stadtteil Heeren-Werve hier: Feststellungsbeschluss	41/2002
5.	Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschulen und des Städt. Gymnasiums	1/2002
6.	Städtepartnerschaft mit Sulecin / Polen	17/2002
7.	Jahresabschluss der Projektgesellschaft Königsborn mbH zum 31.12.2001	60/2002
8.	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Projektgesellschaft Königsborn mbH für das Geschäftsjahr 2001	59/2002
9.	1. Interkommunales Bäderkonzept der GSW - Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen  2. Anpassung des Konsortialvertrages zwischen der GSW und den Städten Kamen und Bergkamen und der Gemeinde Bönen	65/2002
10.	Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2001	22/2002
11.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben im IV. Quartal 2001	4/2002
12.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Hhst.: 365.95000 - Projekt "Route des Regenwassers" -	66/2002

13.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Hhst.: 631.96260 - Erschließung des Bebauungsplangebietes Nr. 19 Ka- Me -	68/2002
14.	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe	67/2002
15.	Errichtung einer Wertstoffannahmestelle für Grünschnitt und Holz im westlichen Stadtgebiet	37/2002
16.	Benennung von Straßen	3/2002
17.	Genehmigung von Dienstreisen	
17. 1	Genehmigung einer Dienstreise zum 5-jährigen Partnerschafts- jubiläum nach Bandirma/Türkei	25/2002
17. 2	Genehmigung einer Dienstreise zur Unterzeichnung der Urkunde über die Begründung der Städtepartnerschaft zwischen Sulecin/ Polen und Kamen	29/2002
18.	Anregungen und Beschwerden	
18. 1	Bürgeranregung auf Aufhebung des absoluten Haltverbotes im Bereich Bahnhofstr. 32, vor dem Grill-Imbiss " Akropolis"	58/2002
18. 2	Bürgerbeschwerde über Störungen durch das an der Ostenmauer angesiedelte Taxiunternehmen	61/2002
19.	Rettungsdienstbedarfsplan für den Kreis Unna	64/2002
20.	Bericht des Leiters der Feuerwehr über aktuelle Entwicklungen in der Feuerwehr und den Sachstand des Brandschutzbedarfsplanes hier: Antrag der CDU-Fraktion	51/2002
21.	Umsetzung des Haushaltes 2002 hier: Antrag der CDU-Fraktion	
22.	Nachlass auf den Kaufpreis bei Realisierung von ökologisch und im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung sinnvollen Maß- nahmen	
23.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Personalangelegenheiten	
1. 1	Entscheidung nach dem Landespersonalvertretungsgesetz NRW	38/2002
1. 2	Einstellung einer Leiterin/eines Leiters des Wirtschafts- und Verwaltungsdienstes und gleichzeitige Bestellung zum Mitglied der Betriebsleitung des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen	26/2002
2.	Unbefristete Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung	54/2002
3.	Befristete Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung	55/2002
4.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
5.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

**A. Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

49/2002

1. Satzung zur Änderung der Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kamen vom 14. Dezember 2001

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 2.

45/2002

Bebauungsplan Nr. 61 Ka "Unnaer Straße"  
hier: Satzungsbeschluss

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 3.

46/2002

Bebauungsplan Nr. 20 Ka "Volkermanns Hof"  
hier: Satzungsbeschluss

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 4.

41/2002

36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kamen für einen Bereich der ehemaligen Zeche Königsborn 2/5 im Stadtteil Heeren-Werve  
hier: Feststellungsbeschluss

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 5.

1/2002

Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschulen und des Städt. Gymnasiums

**Beschluss:**

Zur Teilnahme an den mündlichen Abiturprüfungen 2002 werden folgende Vertreter benannt:

Gesamtschulen: Regina Jacobsmeier  
Städt. Gymnasium: Hartmut Madeja

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

17/2002

Städtepartnerschaft mit Sulecin / Polen

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 7.

60/2002

Jahresabschluss der Projektgesellschaft Königsborn mbH zum 31.12.2001

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 8.

59/2002

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Projektgesellschaft Königsborn mbH für das Geschäftsjahr 2001

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.

65/2002

1. Interkommunales Bäderkonzept der GSW - Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen

2. Anpassung des Konsortialvertrages zwischen der GSW und den Städten Kamen und Bergkamen und der Gemeinde Bönen

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 10.

22/2002

Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2001

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 11.

4/2002

Über- und außerplanmäßige Ausgaben im IV. Quartal 2001

Herr **Hupe** bat um Erläuterung des überschrittenen Haushaltsansatzes für Lernmittel der Realschule.

Die Überschreitung sei insofern erforderlich geworden, erklärte Herr **Baudrexl**, als für die neue Schule neben der üblichen Lernmittelanschaffung auch eine Basisausstattung notwendig gewesen sei.

Die Ausgaben bei dieser Haushaltsstelle wurden von Herrn **Kissing** für eine verlässliche Schulplanung als wichtig erachtet.

Herr **Hasler** bezog sich auf die Haushaltsstelle 020.56210 – Kostenanteil an der Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit – und bat um Mitteilung, ob es nach Wegfall des Haushaltssicherungskonzeptes nicht Pflicht der Verwaltung gewesen wäre, den geänderten Kostenanteil mitzuteilen.

Herr **Baudrexl** brachte den zeitlichen Verfahrensablauf in Erinnerung, wonach bei Einbringung des Haushaltes 2001 noch nicht festgestanden habe, ob das laufende Haushaltsjahr überhaupt ausgeglichen werden konnte und die Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2001 verschoben worden sei. Der Haushaltsansatz sei dann nicht mehr erhöht worden.

Bezogen auf die Anwalts- und Gerichtskosten fragte Herr **Hasler** an, ob der Prozess gewonnen worden sei.

Herr **Baudrexl** antwortete, dass das Berufungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei. Eine Bewertung sollte erst nach Abschluss des Verfahrens erfolgen.

Herr **Kissing** bat um detaillierte Angaben zu den Haushaltsstellen – Sanierung der Deckenkonstruktion der Sporthalle am Koppelteich – und – Erneuerung von Hausanschlüssen - .

Herr **Baudrexl** sagte eine Beantwortung in der nächsten Ratssitzung zu.

Die Beantwortung der Frage von Herrn **Hasler** nach den abschließenden Kosten für die Fahrradabstellanlage am Rathaus wurde ebenfalls zur nächsten Ratssitzung verschoben.

Auf die weitere Frage hinsichtlich der geänderten Konzeption für die VHS-Ausstattung teilte Herr **Baudrexl** mit, dass aufgrund der großen Nachfrage an Computerkursen ein zweiter Schulungsraum eingerichtet worden sei.

Abschließend bejahte Herr **Baudrexl** die Frage von Herrn Schneider nach der richtigen Veranschlagung der Maßnahme "Aufforstung Nordenfeldmark" im IV. Quartal 2001.

Zu TOP 12.

66/2002

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Hhst.: 365.95000 - Projekt "Route des Regenwassers" -

Herr **Hasler** führte aus, dass das ursprüngliche Projekt "Route des Regenwassers" an den Gesamtschulen von der CDU-Fraktion aus Kostengründen abgelehnt worden sei. Die Erneuerung der Dachflächen sei nur erforderlich geworden, da diese zur Aufnahme von Gründächern nicht geeignet gewesen seien.

Herr **Baudrexl** stellte richtig, dass die Kosten für die Dacherneuerung nicht unmittelbar in Zusammenhang mit dem Projekt zu sehen seien.

Fakt sei, dass die Dächer starke mechanische Beschädigungen aufgewiesen hätten. Diese Schäden hätten unter Umständen zu noch größeren Folgeschäden führen können.

Die Dachsanierung zum jetzigen Zeitpunkt erspare ggf. eine aufwändige Reparatur im Nachhinein, betonte Herr **Huße**. Die Sanierungskosten könnten somit nicht dem Projekt zugerechnet werden.

Auf die Frage von Herrn **Bremmer**, ob bis zur Ratssitzung geklärt werden könne, inwieweit die Dachsanierung mit dem Projekt zusammenhänge, unterstrich Herr **Baudrexel**, dass Schäden festgestellt worden und somit zu beheben gewesen seien. Insofern stelle sich nicht die Frage nach dem Zusammenhang.

Das Projekt "Route des Regenwassers" sei als Vorzeigeprojekt beschlossen worden und dürfe durch die Sanierungsmaßnahme, die zwar vorher nicht bekannt gewesen, aber dennoch erforderlich sei, nicht gefährdet werden, sagte Herr **Behrens**.

Herr **Kissing** erklärte, dass sich die CDU-Fraktion, da die Entscheidung für das Projekt ohnehin gefallen sei, bei der Abstimmung enthalten werde. Zukünftig müsse bei solchen Projekten aber darüber nachgedacht werden, ob der Mitteleinsatz im Verhältnis zum ökologischen Nutzen stehe.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehe weiterhin zu dem Projekt und stimme auch der überplanmäßigen Ausgabe zu, unterstrich Frau **Schneider**.

#### **Beschlussempfehlung:**

Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 31.769,10 € bei der HhSt. 365.95000 - "Route des Regenwassers" - wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 7 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 13.

68/2002

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Hhst.: 631.96260 - Erschließung des Bebauungsplangebietes Nr. 19 Ka-Me -

Herr **Kissing** bat um Mitteilung, welche zusätzlichen Arbeiten der Kreis Unna im Zuge der Umbaumaßnahmen an der Kreisstraße K 40 gefordert habe. Außerdem fragte er nach den Gründen für die zeitliche Verschiebung der Baumaßnahme "Kunstrasenplatz".

Bei der Beratung des Haushaltes 2002 sei deutlich gemacht worden, so Herr **Baudrexel**, dass mit der Errichtung des Kunstrasenplatzes erst nach Vorliegen der Förderzusagen begonnen werden könne. In diesem Jahr seien voraussichtlich nicht alle Arbeiten zu verwirklichen, so dass bei dieser Maßnahme von Minderausgaben im laufenden Haushaltsjahr ausgegangen werden könne.

Die Beantwortung der Frage in bezug auf die vom Kreis Unna geforderten zusätzlichen Arbeiten wurde für die Ratssitzung zugesagt. Der Tagesordnungspunkt wurde sodann einvernehmlich zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 14.

67/2002

Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe

Frau **Dyduch** verwies auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 12.02.2002. Dieser Beschluss sei von der Aktualität eingeholt worden, da das Zeitraster eine kurzfristige Auftragsvergabe und somit Mittelbereitstellung erfordere. Es sei wichtig, mögliche Untersuchungsergebnisse im Rahmen der Diskussionen zum Haushaltssicherungskonzept vorstellen zu können. Die inhaltliche Begleitung des Auftrages erfolge in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im April. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Frau **Scharrenbach** führte aus, dass das ISA-Institut bekannt sei für die Durchführung derartiger Projekte und sich die Auftragssumme im vertretbaren Rahmen bewege. Die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag ebenfalls zu.

**Beschlussempfehlung:**

Für die externe Vergabe eines Auftrages zur Analyse von Leistungsgewährung und Angebotsstruktur im Rahmen der Hilfen zur Erziehung (Heimunterbringung etc.) werden außerplanmäßig 28.140 € zur Verfügung gestellt.

Die außerplanmäßige Ausgabe ist gedeckt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 900.02101 - Sonstige Vergnügungssteuer -.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 15.

37/2002

Errichtung einer Wertstoffannahmestelle für Grünschnitt und Holz im westlichen Stadtgebiet

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 16.

3/2002

Benennung von Straßen

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass es sich um eine Privatstraße im Betriebsgelände handelt. Für eine Straßenbenennung besteht somit eigentlich keine Notwendigkeit. Da sich aber verschiedene Firmen an dieser Straße ansiedeln werden, werde durch die Straßenbenennung die Erreichbarkeit erleichtert. Der Name "Im Autopark" sei vom Investor vorgeschlagen worden. Der Bürgermeister werde sich diesem Vorschlag anschließen.

Bei einer Straßenbenennung handele es sich um ein Hoheitsrecht der Kommune, sagte Herr **Kissing**, so dass auch über die Namensgebung ernsthaft nachzudenken sei. Herr Kissing verwies auf die Begründung im Sachantrag der CDU-Fraktion und wiederholte den Vorschlag, die Straße nach Prof. Dr. Ludwig Erhard zu benennen.

Herr **Hupe** erklärte, dass die SPD-Fraktion im vorliegenden Fall den Interessen des Investors folgen werde, zumal sich die Straße im Betriebsgelände befinde. Er könne sich allerdings auch vorstellen, in Zukunft ggf.

eine Straße nach Prof. Dr. Ludwig Erhard zu benennen.

Die Begründung für die Benennung "Im Autopark" sei für ihn nicht nachvollziehbar, führte Herr **Kissing** aus. Seine Fraktion sei nicht darauf fixiert, ihren Vorschlag an dieser Stelle durchzusetzen, bitte jedoch, den Antrag auf Wiedervorlage zu nehmen.

Die Fraktionen sollten ihre Vorschläge nicht zur Wiedervorlage einreichen, sondern sich vielmehr im Vorfeld über Namensgebungen verständigen, betonte Herr **Hupe**.

Herr **Hasler** bat, den Straßennamen noch einmal zu überdenken, da die Namen auch Orientierungshilfen darstellten. Der eigentliche Autopark befände sich im Hemsack mit 4 Autohäusern auf engstem Raum. Diese Autofirmen könnten die Namensgebung als Brüskierung empfinden.

Herr **Erdtmann** legte abschließend dar, dass die Verwaltung ihren Vorschlag beibehalten werde. Die nächste Straße werde nicht automatisch nach Prof. Dr. Ludwig Erhard benannt. Es gebe eine Vielzahl verdienter anderer Personen, so dass zunächst eine Verständigung der Fraktionen untereinander erfolgen sollte.

Zu TOP 17.

Genehmigung von Dienstreisen

Herr **Bremmer** wies auf die unterschiedlichen Formulierungen in den Beschlussvorschlägen zu den jeweiligen Teilnehmern der Dienstreisen hin. Zum einen solle die Dienstreise von "Vertretern" und zum anderen von den "Vorsitzenden" der Fraktionen genehmigt werden. Im Interesse der kleinen Fraktionen regte Herr Bremmer an, immer "Vertreter" der Fraktionen einzusetzen.

Herr **Erdtmann** erläuterte die unterschiedlichen Anlässe der Dienstreisen. Bei der Dienstreise nach Sulecin handele es sich zur Unterzeichnung der Urkunde über die Begründung der Städtepartnerschaft um einen offiziellen Besuch, so dass mit den Fraktionsvorsitzenden auch die offiziellen Vertreter der Fraktionen teilnehmen sollten. Der Besuch in Bandirma hingegen finde anlässlich des 5-jährigen Bestehens der Partnerschaft statt und solle die bereits bestehende Verbindung vertiefen.

Die Anregung, immer "Vertreter" einzusetzen, wurde von Herrn **Bremmer** aufrecht erhalten, da auch Jubiläen bei bestehenden Partnerschaften einen hohen Stellenwert besäßen.

Zu TOP 17.1

25/2002

Genehmigung einer Dienstreise zum 5-jährigen Partnerschaftsjubiläum nach Bandirma/Türkei

**Beschluss:**

Anlässlich des 5-jährigen Partnerschaftsjubiläums nach Bandirma/Türkei wird die Dienstreise von je 2 Vertretern der SPD- und CDU-Fraktion, je einem Vertreter der Fraktionen der Grünen, der FDP und der BG sowie des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Partnerschaftsausschusses unter Leitung des Bürgermeisters genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 17.2

29/2002

Genehmigung einer Dienstreise zur Unterzeichnung der Urkunde über die Begründung der Städtepartnerschaft zwischen Sulecin/Polen und Kamen

**Beschluss:**

Die Dienstreise der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der SPD- und CDU-Fraktion, der Vorsitzenden der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der BG sowie des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Partnerschaftsausschusses zur Unterzeichnung der Urkunde über die Begründung der Städtepartnerschaft zwischen Sulecin / Polen und Kamen wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 18.

Anregungen und Beschwerden

Zu TOP 18.1

58/2002

Bürgeranregung auf Aufhebung des absoluten Haltverbotes im Bereich Bahnhofstr. 32, vor dem Grill-Imbiss " Akropolis"

**Beschluss:**

Die Anregung des Herrn Paschalis Kostarelos, Bahnhofstr. 32, 59174 Kamen, und zahlreicher Kunden des Grill-Imbisses auf Aufhebung des absoluten Haltverbots im Bereich Bahnhofstr. 32, vor dem Grill-Imbiss "Akropolis", wird zur Beratung und Beschlussfassung an den Straßenverkehrsausschuss verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Bürgerbeschwerde über Störungen durch das an der Ostenmauer angesiedelte Taxiunternehmen

Frau **Schneider** machte deutlich, dass sich das Taxiunternehmen seit der erteilten Baugenehmigung im Jahre 1996 wesentlich vergrößert habe. Hinzugekommen sei z.B. ein Kurier- und Busdienst sowie Sammeltaxi. Das seinerzeit erstellte Geräuschimmissionsgutachten berücksichtige diesen Zuwachs nicht. Als Anwohnerin der Ostenmauer könne sie zudem bestätigen, dass in der Mehrzahl mit einer zu hohen Geschwindigkeit gefahren werde. Die Parksituation stelle sich so dar, dass für 9 Wohnungen ohnehin nur 7 Parkplätze vorhanden seien. Wenn Stellplätze dann auch noch regelmäßig von dem Taxiunternehmen belegt würden, sei die Parksituation nicht mehr händelbar. Außerdem treffe es nicht zu, dass die Ausfahrt von der Ostenmauer auf die Oststraße seit geraumer Zeit nicht mehr blockiert gewesen sei. Diese Blockade habe erst heute wieder bestanden.

Herr **Dornblüth** führte aus, dass die Baugenehmigung auch für einen Betrieb in dieser Größenordnung erteilt worden sei. Es habe intensive Gespräche mit der Geschäftsführung des Taxiunternehmens gegeben. Die Situation werde weiter kontrolliert .

Als wesentlichen und ernstzunehmenden Missstand sprach Herr **Bremmer** die Sichtbehinderung an.

Herr **Schneider** bezweifelte, dass sich allein durch Überprüfungen an der Situation etwas ändern werde.

Die Beschwerden der Anwohnerinnen und Anwohner werden seitens der Verwaltung ernst genommen, unterstrich Herr **Erdtmann**. Die Verwaltung setze die ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten ein. Allerdings könne die Situation auch nicht ständig kontrolliert werden.

Frau **Schneider** sprach erneut die Lärmbelästigungen an und hielt ein neues Gutachten über den erweiterten Geschäftsbetrieb für erforderlich.

Neben der Frage einer gültigen Betriebsgenehmigung stelle sich für ihn auch die Frage, so Herr **Hupe**, ob mit der Geschäftsführung des Unternehmens bereits über einen Wechsel in ein Gewerbegebiet gesprochen worden sei.

Herr **Behrens** regte für möglichst gezielte Überprüfungen seitens der Verwaltung an, die Anwohnerinnen und Anwohner zu bitten, konkrete Verstöße umgehend zu melden.

Herr **Kissing** sah in der Frage der Umsiedlung des Unternehmens ein klassisches Feld für die Wirtschaftsförderung. Hier hätte die Verwaltung längst aktiv werden müssen.

Die Wirtschaftsförderung sei kein Feld für die tägliche Presse, betonte Herr **Sostmann**. Die Verhandlungen liefen. Die Verwaltung gehe aber nicht mit jedem Zwischenergebnis in die Öffentlichkeit.

Zu TOP 19.

64/2002

Rettungsdienstbedarfsplan für den Kreis Unna

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 20.

51/2002

Bericht des Leiters der Feuerwehr über aktuelle Entwicklungen in der Feuerwehr und den Sachstand des Brandschutzbedarfsplanes  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Die Frage von Herrn **Hasler**, ob der Stadtbrandmeister zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nicht eingeladen worden sei, wurde von Herrn **Erdtmann** bejaht.

Herr **Brüggemann** ergänzte, dass der Stadtbrandmeister Herrn Hasler gegenüber bereits erklärt habe, als Wehrführer kein Interesse an einer Teilnahme zu haben. Hieraus interpretiere er, dass sich die Feuerwehr nicht politisch instrumentalisieren lassen wolle.

Herr **Hasler** zeigte sich verwundert über diese Haltung, da der Haupt- und Finanzausschuss gleichzeitig auch der Personalausschuss sei. Die Feuerwehr sei keinem anderen Ausschuss zugeordnet. Ihn verwundere auch, dass der Stadtbrandmeister in seiner Funktion als Ehrenbeamter den Bericht ablehne. Die Verwaltung habe zudem dem Beschluss vorgegriffen, da durch die Abwesenheit des Stadtbrandmeisters ein Bericht oder eine Fragestellung unmöglich sei. Die CDU-Fraktion ziehe den Antrag unter diesen Umständen zurück und werde sich eine erneute Antragstellung für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses offenhalten.

Die Beschlussvorlage sei im Detail inhaltlich mit dem Stadtbrandmeister abgestimmt worden, versicherte Herr **Brüggemann**. Die Aussage, dass sich die Feuerwehr nicht "instrumentalisieren" lassen wolle, sei seine Interpretation der Gespräche. Der Stadtbrandmeister sage, dass er keinen Anlass für einen Bericht sehe. Bereits bei der ersten Antragstellung durch die CDU-Fraktion sei dieser Standpunkt des Wehrführers deutlich geworden. In den Jahresdienstbesprechungen der Löschzüge werde regelmäßig informiert. Die Feuerwehr begrüße hier auch die Teilnahme der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Zudem sei bereits wiederholt dargelegt worden, dass die Brandschutzbedarfsplanung in das Parlament eingetragen und an dieser Sitzung auch der Wehrführer und der Wachenleiter teilnehmen werden.

Herr **Baudrexl** verwies auf die eindeutige Regelung in der Gemeindeordnung, wonach nur der Bürgermeister und die Beigeordneten von einer Fraktion verpflichtet werden können, vor einem Ausschuss Stellung zu nehmen.

Die Diskussion werde der Person des Stadtbrandmeisters und der guten Arbeit der Feuerwehr nicht gerecht, betonte Herr **Hupe**. Alle Fraktionen seien durch Gespräche und Teilnahme an den Veranstaltungen der Feuerwehr informiert, so dass es sich bei dem geforderten Bericht um reinen Formalismus handele. Die SPD-Fraktion sehe nach der Bewertung des Antrages auch keine Verpflichtung, den Stadtbrandmeister heranzuzitieren. Die gute Arbeit der freiwilligen Feuerwehr solle nicht aus reinem Formalismus diskreditiert werden.

Seiner Auffassung nach, so Herr **Bremmer**, wären Gespräche und die Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion im Vorfeld sinnvoll gewesen. Bei einer entsprechender Beschlussfassung hätte der Stadtbrandmeister aber immer noch eingeladen werden können.

Es folgte eine Diskussion über das Verfahren nach der Geschäftsordnung mit dem Ergebnis, dass die CDU-Fraktion zwar den Antrag zurückgezogen, nicht aber die Absetzung des Tagesordnungspunktes beantragt habe, und somit auch weitere Wortbeiträge zulässig sind.

Herr **Hupe** bezeichnete das Sitzungsklima als nicht mehr geeignet für eine sachliche Diskussion. Der Stil sei dem Bürger nicht zuzumuten und auch mit dem Wählerauftrag nicht vereinbar.

Herr **Kissing** stimmte mit Herrn Hupe darin überein, dass eine sachgerechte Diskussion nicht mehr möglich sei. Grund für das negative Sitzungsklima sei seiner Meinung nach aber nicht der CDU-Antrag, sondern der Ablauf, den er mit Befremden zur Kenntnis nehme. Das Thema sei erledigt.

Herr **Erdtmann** stellte richtig, dass das Thema insofern nicht erledigt sei, als bei Einbringung des Brandschutzbedarfsplanes der Wehrführer und der Wachenleiter an der Sitzung teilnehmen werden.

Zu TOP 21.

Umsetzung des Haushaltes 2002  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Kissing** bat um Erläuterung der Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahme und fragte an, wie sich der Haushalt 2002 entwickele.

Zur Haushaltsentwicklung legte Herr **Baudrexl** dar, dass das Haushaltsjahr noch nicht weit fortgeschritten sei und daher nur eine erste Zwischenbilanz gezogen werden könne. Das Ergebnis sei nicht als gut, aber auch nicht als dramatisch zu bezeichnen. Bei der Aufstellung des Haushalts seien die Schlüsselzuweisungen mit 15,9 Mio. € veranschlagt worden. Jetzt werde von 15,3 Mio. € ausgegangen, so dass die Verschlechterung ca. 600.000 € betrage. Beim Familienleistungsausgleich sei mit ca. 40.000 € weniger zu rechnen. Verbesserungen bestünden allerdings beim Solidaritätszuschlag in Höhe von ca. 89.000 € und bei der Kreisumlage von 210.000 €. Nach jetzigem Stand fehlten im Verwaltungshaushalt somit ca. 352.000 €. Ein Betrag in dieser Größenordnung dürfe nicht heruntergespielt werden, sei aber auch noch kein Anlass zu großer Beunruhigung.

Herr Baudrexl führte weiter aus, dass bei diesen Zahlen die Entwicklung der Gewerbesteuer noch nicht berücksichtigt sei. Eine Prognose zu diesem frühen Zeitpunkt sei sehr vage. Nach den Erfahrungswerten sehe es so aus, als ob die veranschlagte Summe erreicht werden könnte.

Zum Vermögenshaushalt sprach Herr Baudrexl die Investitionspauschale mit einem Minus von 21.000 €, die Schulpauschale mit einer Verbesserung von 64.000 € und die Krankenhausfinanzierung mit einem Mehraufwand von ca. 210.000 € an. Im Ergebnis betrage die Verschlechterung im Vermögenshaushalt ca. 167.000 €.

Es sei richtig, so Herr Baudrexl weiter, dass zu Anfang des Jahres eine Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahme ausgesprochen worden sei. Dieses Instrument sei schon öfter eingesetzt worden und sei nicht als gesetzliche Sperre, sondern als wirksames und effizientes Mittel anzusehen, mit den veranschlagten Haushaltsmitteln besonders wirtschaftlich und sparsam umzugehen. Dieses bewährte Mittel habe er eingesetzt, wenngleich die Haushaltsführung der vergangenen Jahre zeige, dass mit den Haushaltsmitteln immer sorgsam umgegangen worden ist. Das Etatrecht des Rates sei nicht verletzt worden. Als Gründe für diese Maßnahme nannte Herr Baudrexl die erkennbare Verschlechterung im Verwaltungshaushalt und die in der Ratsdebatte von allen Fraktionen deutlich vorgetragene Sorge im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung.

Auf die Frage von Herrn **Kissing**, wie die Bewirtschaftungsmaßnahme konkret aussehe, antwortete Herr **Baudrexl**, dass die Haushaltsstellen generell mit einer Sperre von 20 % versehen worden seien. Im Tagesgeschäft werde geklärt, welche Haushaltsstellen wieder freigegeben werden müssen. Herr Baudrexl betonte, dass er bereit sei, die Bewirtschaftungsmaßnahme wieder rückgängig zu machen, falls er als Kämmerer die Sorge der Fraktionen um den Kamener Haushalt falsch interpretiert habe.

Es werde nicht in Frage gestellt, dass die Verwaltung die Haushaltsmittel sparsam bewirtschaften solle, sagte Herr **Hasler**. Die CDU-Fraktion habe allerdings irritiert, dass die Maßnahme so kurz nach der Haushaltsverabschiedung und vor der Rechtskraft des Haushalts ausgesprochen worden sei. Seine Fraktion gehe davon aus, dass auf einen evtl. notwendigen Nachtragshaushalt rechtzeitig hingewiesen werde. Zudem gehe sie von internen Sperrungen ohne Außenwirkung aus. So benötigten z.B. die Vereine und freien Träger Planungssicherheit im Hinblick auf die Zuschüsse.

Herr Madeja verließ um 17.45 Uhr den Sitzungsraum und nahm an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Mit der Bewirtschaftungsmaßnahme setze man sich selbst das Ziel, Aufgaben effizient wahrzunehmen und dennoch Mittel einzusparen, erklärte Herr **Baudrexl**. Bei knappen Haushaltsmitteln könne nicht pauschal nur von einer Wirkung im Innenverhältnis ausgegangen werden. Grundsätzlich sei auch eine Außenwirkung vorstellbar. Natürlich gehe er auf Hinweise für gewollte Ausgaben ein.

Herr **Hupe** führte aus, dass die Bewirtschaftungsmaßnahme nicht neu sei und hiermit in der Vergangenheit schon nennenswerte Einsparungen erzielt werden konnten. Diese Maßnahme unterscheide sich von der formalen Haushaltssperre. Es sei noch zu früh für eine Bewertung des laufenden Haushaltsjahres. Er hoffe, in ca. 2 bis 3 Monaten mit evtl. relativ exakten Zahlen arbeiten zu können. Es wäre gut, wenn die Bewirtschaftungsmaßnahme im Haushaltsvollzug weiterhelfen könne.

Zu TOP 22.

Nachlass auf den Kaufpreis bei Realisierung von ökologisch und im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung sinnvollen Maßnahmen

Frau **Schneider** verzichtete auf eine erneute Begründung und verwies auf die Ausführungen in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses.

Sodann ließ Herr Erdtmann über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wurde bei 1 Gegenstimme mit Mehrheit abgelehnt.

Zu TOP 23.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### **Mitteilungen**

1. Herr **Erdtmann** teilte mit, dass neben der Partnerstadt Montreuil-Juigne auch die Stadt Bandirma, zu der erst eine 5-jährige Partnerschaft bestehe, ihren Wunsch auf Ausweitung der Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht geäußert habe. Bisher hätten die partnerschaftlichen Beziehungen der Bürger im Mittelpunkt der Kontakte gestanden. Wirtschaftliche Beziehungen seien bisher nicht vorstellbar gewesen. Nun gebe es aber ein Umdenken und man bemühe sich auch um ein interkommunales Engagement in anderen Bereichen. In Bandirma gebe es eine der Industrie- und Handelskammer vergleichbare Einrichtung. Auf seine Einladung hin hätten Herr Achenbach für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna, Herr Günzel für die IHK Dortmund und Herr Ebbers als Vertreter der TECHNO-PARK Kamen GmbH eine Delegation nach Bandirma begleitet. Von den ersten Gesprächen in Bandirma mit der dortigen IHK und Unternehmensverbänden hätten sich die Teilnehmer sehr angetan gezeigt. Unter Obhut der IHK sollen die Gespräche weitergeführt werden mit dem Ziel, ein Netzwerk regionaler Wirtschaftsbeziehungen entstehen zu lassen. Diese bezögen sich nicht nur auf Kamen. Die Kooperation solle sich nicht nur auf die Entwicklung neuer Handelsbeziehungen begrenzen, sondern auch Kooperationen oder Beteiligungen wirtschaftlicher Art einschließen. Herr Erdtmann machte abschließend deutlich, dass man erst am Anfang dieses neuen Weges der wirtschaftlichen Partnerschaft stehe, diesen jedoch fortsetzen wolle und auf gute Ergebnisse hoffe.
2. Herr **Baudrexl** bezog sich auf das am 07.12.2000 vom Rat der Stadt Kamen beschlossene Projekt "Saubere Stadt Kamen". Die Verwaltung habe in der Beschlussvorlage zu diesem Projekt deutlich gemacht, dass der Personalrat der Maßnahme nicht zugestimmt habe. Nachdem der Rat die Umsetzung des Projektes beschlossen habe, habe die Verwaltung die Entscheidung der Einigungsstelle nach § 66 Abs. 7 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) beantragt. Herr Baudrexl zitierte den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses, den dieser der Empfehlung der Einigungsstelle folgend gefasst habe: "Unter Einbeziehung des Erfahrungsberichtes, den die Verwaltung gegenüber dem Haupt- und Finanzausschuss erstellt, muss spätestens bis zum 01.04.2002 eine erneute Beteiligung des Personalrates unter dem Gesichtspunkt des § 72 Abs. 3 Nr. 7 LPVG erfolgen. Kommt es nicht zu einer Zustimmung des Personalrates, so entscheidet die Einigungsstelle über eine endgültige Empfehlung

an den Haupt- und Finanzausschuss. Die in diesem Bereich bestehenden Stellen bleiben im Stellenplan 2002 erhalten." Der Erfahrungsbericht sei am 06.11.2001 im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen und die Zustimmung des Personalrates erneut beantragt worden. Der Personalrat habe in seiner Sitzung am 14.01.2002 der Durchführung des Projektes "Saubere Stadt Kamen" durch die Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna GmbH zugestimmt.

### Anfragen

1. Herr **Kissing** sprach die Baumaßnahme des Lippeverbandes im Bereich des Werver Platzes an und machte darauf aufmerksam, dass die Wohnstraße durch schwere Baumaschinen befahren werde. Der Straßenzustand und eine evtl. erforderliche Instandsetzung müssten beobachtet werden.

Bezogen auf die Brückenbaumaßnahme an der Werver Mark, deren Anschlussstücke in Kürze fertig gestellt sein würden, fragte Herr Kissing an, warum an dieser Stelle nicht sofort ein Radweg gebaut werde.

Herr **Erdtmann** sagte eine Überprüfung zu.

2. Auf die Anfrage von Herrn **Schneider** bezüglich baulicher Veränderungen in der Fritz-Erler-Straße sagte Herr **Brüggemann** eine Beantwortung in der nichtöffentlichen Sitzung zu.
3. Frau **Lungenhausen** bat um Mitteilung, wann der Frauenförderplan für das Städt. Hellmig-Krankenhaus erstellt werde.

Er gehe davon aus, antwortete Herr **Baudrexl**, dass der neue Verwaltungsleiter diese Aufgabe vorrangig in Angriff nehmen werde.

4. Herr **Hasler** fragte an, ob es möglich sei, die Radwege und deren Umfeld auch in die Aktion "Saubere Stadt Kamen" einzubeziehen. In diesem Zusammenhang bat Herr Hasler um Beseitigung der Müllablagerungen am Radweg der ehemaligen Bahntrasse in Höhe der Derner Straße.

Herr **Brüggemann** machte deutlich, dass sich eine Ausweitung des Projektes gebührenrelevant auswirke.

Auf die Frage von Herrn **Bremmer**, ob die Reinigung auf die Stadtteile ausgeweitet werde, teilte Herr **Brüggemann** mit, dass die Nebenzentren gereinigt würden. Für die umliegenden Bereiche sei eine regelmäßige Reinigung nicht erforderlich, da diese nicht so stark vermüllt seien.

Herr **Ebbinghaus** regte anlässlich des wiederholten Einbruchversuchs in das Juweliergeschäft Becher in der Weststraße an, bei der Umgestaltungsplan dieses Bereiches auch Sicherheitsaspekte zu berücksichtigen.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Erdtmann  
Bürgermeister

gez. Lantin  
Schriftführer